

ADELHEID POPP · DIE ÖSTERREICHISCHE WAHLREFORM UND DAS FRAUENWAHLRECHT



Die berüchtigte fünfte Kurie hat ausgelebt. Sie ist im heissen Sturm von der Arbeiterschaft niedergerungen worden. Am 30. Januar hat sich das Parlament versammelt, dem die geschichtliche Aufgabe zufällt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Österreich durch Gesetzeskraft einzuführen. Dem bisher so unfruchtbaren, jetzt plötzlich so unheimlich fruchtbaren Parlament ist noch eine rühmliche Aufgabe beschieden, es hat die Privilegien, auf Grund deren es gewählt ist, zu beseitigen. Leicht geht ja diese Amputation nicht vor sich, aber sie wird vollzogen werden. An dem Ministerium Gautsch sieht man so recht, wie sich die Dinge wandeln. Vor kurzem noch ein Gegner der Wahlreform, ist der österreichische Ministerpräsident jetzt ihr Verteidiger. Die Sprache der österreichischen Arbeiter war eine so ernste, eine so eindringliche, dass sich niemand ihrer Wirkung entziehen konnte.

Im September 1905 wurde man von dem Wahlrechtsprogramm Kristoffys, des ungarischen Ministers des Innern, überrascht. Kristoffy bekannte sich als unbedingten Anhänger des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, und das Ministerium Fejervary erhielt vom Kaiser die Vorsanktion zur Einführung dieses Wahlrechtes in Ungarn. Darauf versammelte sich ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers, dessen Resultat war, dass das Programm Kristoffys als gescheitert betrachtet wurde. Baron Gautsch hatte schwere Bedenken geäussert, er fürchtete die Wirkung, die das allgemeine Wahlrecht in Ungarn auf die österreichische Arbeiterschaft ausüben würde. Nun begann der Kampf der österreichischen Arbeiter gegen Gautsch. Die *Arbeiterzeitung* stand da an erster Stelle. Eine Reichskonferenz, die in Wien tagte, bekundete die festeste Entschlossenheit, sich diese Haltung des Ministerpräsidenten nicht gefallen zu lassen. Das Parlament wurde eröffnet, und Gautsch wurde von den Sozialdemokraten mit einem Sturme begrüsst, in dem sich all das äusserte, was zum Kampfe gegen ihn bewogen hatte. Aber das Wunderbare ereignete sich: die Sozialdemokraten blieben allein. Alle die Parteien und Parteichen, die sonst nicht spröde waren, wenn es gegen die Regierung ging, schwiegen. Gautsch wehrte die Anklage ab, dass er, dem Einflusse mächtiger Erzherzoginnen sich fügend, die Wahlreform in Ungarn verhindert hätte. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, ein Feind des allgemeinen Wahlrechtes zu sein, nur für zeitgemäss hielt er es noch nicht.

So stand die Sache am 9. Oktober. In den Kronländern wurden die Landtage eröffnet, und die sozialdemokratische Arbeiterschaft Prags proklamierte für den Tag der Landtagseröffnung die Arbeitsruhe. Ein grandioses Bild proletarischer Macht zeigte sich. Prag war an dem Tag von den Arbeitern beherrscht. Keine Hand regte sich zu produktiver Arbeit, keine Strassenbahnverkehrte, kein Laden war geöffnet. Eine Deputation begab sich zum Präsidenten des Landtages und zum Statthalter, dem Vertreter der Regierung, um die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu unterbreiten. Prags glänzendes Beispiel wirkte in ganz Österreich. Wo ein Landtag eröffnet wurde, demonstrierten die Arbeiter und sandten Deputationen

zu den höchsten Landesbehörden. Eine Ausnahme machte Niederösterreich. In Niederösterreich ist Dr. Lueger Landmarschallstellvertreter; wer hätte es vermocht, dem christlichsozialen Landtag die Forderung nach einem gerechten Wahlrecht zu unterbreiten? Die Wahlrechtsbewegung war aber im Rollen. Gespannt wurde der Parteitag erwartet, der für den 29. Oktober und die folgenden Tage einberufen war. Zwei Punkte enthielt die Tagesordnung, auf die sich alles Interesse konzentrierte: die Frage des allgemeinen Wahlrechts und die des Massenstreiks. Das Referat über das Wahlrecht war fast zu Ende, da traf das Telegramm ein, das die erste Nachricht brachte von dem Zarenmanifest, das dem russischen Volke ein Parlament und die Erfüllung anderer Forderungen verhieß. Die Parteitagsteilnehmer sangen spontan revolutionäre Lieder, die *Marseillaise*, die *Rote Fahne*, der *Sozialistenmarsch* brausten, mit revolutionärster Begeisterung gesungen, durch den Saal. Das war um die Mittagszeit. Am Abend waren schon Tausende von Arbeitern auf der Ringstrasse. Vor der kaiserlichen Burg und vor dem Parlament ertönten Hochrufe auf das Wahlrecht. Von jedem erhöhten Platze wurden Reden gehalten. Auch die Rampe des Parlaments war zur Rednertribüne geworden, die Tausende umstanden. Die denkwürdige *Sofiensaalversammlung* folgte. Es war am 2. November, wo Wiener Polizeifunktionäre noch meinten, die Wahlrechtsbewegung könnte mit Säbelhieben und Attacken der Berittenen erdrückt werden. Das auf der Ringstrasse vergossene Blut, die verbundenen Köpfe, die zerfetzten Kleider konnten wohl bezeugen, wie die Wiener Polizei das *Ordnungsmachen* versteht: die Wahlrechtsbewegung ging unaufhaltsam weiter. Im Landtag von Niederösterreich erklärte der Statthalter mit Pathos, dass die Regierung fest entschlossen sei, den *Terrorismus der Strasse* nicht zu dulden. Einen Tag später, am 5. November, waren 50 000 bis 60 000 Menschen auf der Ringstrasse und behaupteten ihr Recht auf die Strasse. Auf den Flaggenstangen vor dem Parlament, von denen sonst die schwarz-gelbe Fahne weht, flatterte die rote Fahne stolz in die Lüfte. Und der Brunnen der Pallas Athene, der die Parlamentsrampe schmückt, trug einen weithin sichtbaren Streifen mit der Aufschrift *Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht!* Die Polizeihelme blitzten in der Sonne, die Mannschaft von ganz Wien war aufgeboten, wie eine Mauer standen sie, um von beiden Seiten den Zutritt zur Hofburg abzusperren. Die Arbeiter aber beherrschten in unüberschbarer Menge den Franzensring. Von der *Bellaria* bis zum Schottentor, Wahlrechtskämpfer. Mit selbstgeschaffener Disziplin boten sie eine der imposantesten Manifestationen, die es je gegeben hat.

Eine rastlose, unermüdlige Arbeit begann nun. Einmütig unter nicht endenwollendem Jubel hatte der Parteitag beschlossen, zur Erringung des allgemeinen Wahlrechtes auch den politischen Massenstreik in Aussicht zu nehmen. Am Tag der Parlamentseröffnung sollte in Wien Arbeitsruhe sein. Die Arbeitsruhe herrschte aber in ganz Österreich. Der 28. November 1905 wird jedem, der diese grandiose Arbeitermanifestation miterlebt, unvergesslich bleiben. Bis 2 Uhr nachmittags blieben in Wien alle Geschäfte geschlossen. Die christlichsoziale Stadtverwaltung hatte sich eingebildet, der Strassenbahnverkehr müsse aufrecht bleiben. Vergebenes Hoffen! Als die Arbeiterzüge aus den Bezirken sich der Stadt nahten, gab es keinen Verkehr mehr. Er hob sich von selbst auf. Fünf Stunden hat das Defilé der Viertel-

million vor dem Parlamente gedauert. Die Arbeiterinnen haben in ungesehener Zahl an der Demonstration teilgenommen. Sie hatten das Erstaunen der bürgerlichen Presse erweckt. Auch Frauen im Kampfe für das Wahlrecht, das hatte man in solchen Massen nicht erwartet. Draussen der feste Schritt der Arbeitermassen, im hohen Hause die Deputation der Arbeiter, die den beiden Präsidenten des Herren- und des Abgeordnetenhauses und dem Ministerpräsidenten die Wünsche der Arbeiter vortrug. Und Baron Gautsch erklärte jetzt, die Wahlreform machen zu wollen.

Selbstverständlich meldeten sich auch die Feinde der Wahlreform; offen und versteckt wühlten und intriguierten sie, um noch etwas zu retten. Die Christlichsozialen, die ohne Wahlrechtsraub nicht leben können, verlangten eine fünfjährige Sesshaftigkeit. Die polnische *Schlachta* wollte die Wahlen indirekt haben. Die hochmögenden Herren bangten um ihre Mandate. Die galizischen Bauern erhoben sich aber gegen ihre langjährigen Bedrücker, sie wollten freisein von der Vertretung durch die gnädigen Herren. Auch das Herrenhaus wehrte sich. Die hochgeborenen Herren haben scharfe Worte gegen den Ministerpräsidenten gefunden, weil er sich den *Argumenten der Strasse* gebeugt, weil er die Demonstration vom 28. November nicht mit Polizei und Militär unterdrückt habe. Aber schliesslich begreift auch dieses Haus, dass das allgemeine Wahlrecht nicht mehr aufzuhalten ist.

Am 23. Februar wurde endlich der Wahlreformentwurf nebst einer Anzahl Nebengesetze dem Parlament vorgelegt. Der Ministerpräsident hielt eine wirklich mutige und staatsmännische Rede. Er ist jetzt von der Unaufschiebbarkeit der Wahlreform überzeugt: »Mein Sturz ist nicht der Sturz der Wahlreform.« Die Vorlage bringt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Freilich, alle Parteien klagen. Die nationalen Schwierigkeiten sind in der Tat nicht gering. Jede Nation hält sich für benachteiligt: bei der Einführung des gleichen Wahlrechts ist es eben unmöglich, den einzelnen Gruppen ihren jetzigen Besitzstand zu wahren. Die Regierung erklärt sich auch zu Kompromissen bereit und ist bestrebt, allen billigen Wünschen der bürgerlichen Parteien entgegenzukommen. Gleichwohl hat bis jetzt kein Redner der erbgesessenen Kurien es versäumt, der Regierung den *Schimpf* ins Gesicht zu schleudern, dass die Wahlreform für die sozialdemokratische Partei gemacht sei. Die Kurien sind nicht mehr zu halten, das fühlt jeder; aber es ist, ach, so schwer, sich von ihnen zu trennen! Auch für die Wahlreform wurden glänzende Reden gehalten; so von dem Jungtschechen Kramarc und dem Deutschen Lecher, welcher letzterer freilich mehr als Person, denn im Namen seiner um ihre Mandate bebenden Partei auftrat. Von den Sozialdemokraten sprachen Adler und Daszynski, die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses begleitete ihre Ausführungen.

Die Regierungsvorlage entspricht durchaus nicht allen Forderungen der Sozialdemokratie. Das hat auch Genosse Adler im Parlament erklärt. Vor allem auch: Der einen Hälfte der Bevölkerung, den Frauen, wird das Wahlrecht gänzlich vorenthalten. Dennoch wird die Sozialdemokratie jedem Versuch die Reform zu gefährden oder zu verschleppen, mit Nachdruck entgegenzutreten mag man sie auch nach Herzenslust *Regierungspartei* nennen. Man darf der Arbeiterschaft wirklich nicht zumuten, die Sicherung ihres hart erkämpften

Rechtes im Stich zu lassen, nur, um Opposition machen zu können! Also das allgemeine Wahlrecht wird kommen, allgemein — mit Ausschluss der Frauen. Warum ist nun im Wahlrechtskampf der letzten Monate das Frauenwahlrecht im Hintergrund geblieben?

Auf dem Parteitag in den Tagen des Oktober und November haben die Vertreterinnen der Genossinnen in deutscher und tschechischer Sprache erklärt, dass sie den grossen Augenblick begreifen und den Kampf ums allgemeine Wahlrecht nicht beeinträchtigen wollen durch das Verlangen, das Frauenwahlrecht in diesem Augenblicke besonders zu betonen. Sie hielten aber daran fest, dass das Wahlrecht erst dann ein allgemeines sein werde, wenn es auch die Frauen haben werden. Die Genossinnen bauen darauf, dass die von politischer Ungleichheit befreiten Männer des Proletariats die hervorragendsten Kämpfer für die gleichen Rechte der Frauen sein werden. Die Genossinnen erklärten ferner, dass die Arbeiterinnen an der Seite der Männer stehen würden, wenn es zum politischen Massenstreik käme. Der Parteitag hat diese Erklärung mit Enthusiasmus aufgenommen.

Die über das Wahlrecht beschlossene Resolution war die erste auf einem österreichischen Parteitag, die nicht aussprach, dass das Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes gefordert werde. Der Referent begründete diese Unterlassung damit, dass es in diesem grossen Augenblicke nur gelte, das momentan Erreichbare zu fixieren. Die Genossinnen stimmten zu. Sie haben während der mehrwöchentlichen Wahlrechtskampagne gearbeitet, wie jeder Parteigenosse, mit voller Intensität, mit ungezügelter Begeisterung. Sie haben Anteil an allen Erfolgen, die erreicht wurden. Die Partei erkennt das rückhaltlos an. Die sozialdemokratischen Arbeiterinnen waren durchdrungen von dem Bewusstsein, dass ein Sieg der sozialdemokratischen Arbeiter auch einen Sieg der rechtlosen Frauen bedeute. Aber sonderbar, die selben bürgerlichen Kreise, die dazu geschwiegen hatten, dass den Arbeitern unausgesetzt politisches Unrecht zugefügt wurde, begannen sich aufzuregen, dass man vom Frauenwahlrecht nicht spräche. Bürgerliche Schriftsteller und Abgeordnete, die für das allgemeine Wahlrecht der Männer nie ein mutiges Wort gefunden hatten, verlangten das Wahlrecht für die Frauen. In einer Versammlung bürgerlicher Frauen, die das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen forderte, sprach man die Befürchtung aus, die Sozialdemokratinnen würden in ihrem Vertrauen zur Partei Enttäuschungen erleben — wie in Belgien, meinte man. Kurz, es sah beinahe so aus, als wären die Bürgerlichen radikaler, als die Sozialdemokraten beiderlei Geschlechts.

In Wahrheit ist es anders. Ohne die Sozialdemokraten gäbe es überhaupt keine Wahlreform, und die selben Leute, die es als *beschämend* empfanden, dass in der ganzen Wahlrechtsbewegung nichts vom Frauenwahlrecht geredet wurde, haben wohl noch sehr wenig Tinte gegen das Unrecht verschrieben, dass man auch den ohne Zweifel politisch reiferen Männern das gleiche Recht so lange vorenthalten hat. Nebenbei bemerkt, haben die Genossinnen in allen Versammlungen sehr viel für das Frauenwahlrecht gesprochen. Und die *Arbeiterinnenzeitung* hat beinahe jede Nummer damit ausgefüllt. Dass die Genossen nicht das gleiche getan haben, und tatsächlich in dem ganzen Wahlrechtskampf von den sozialdemokratischen Rednern über die Berechtigung des Frauenwahlrechts nicht gesprochen wurde, haben auch die Genossinnen mehr oder weniger

schmerzlich empfunden. Aber wir haben auch Erklärungen für diese Unterlassung.

Vor allem ist noch die Befürchtung vorherrschend, dass die Frauen im Besitze des Wahlrechts Schutztruppen für den Klerikalismus sein würden. Dieser Glaube hat gewiss seine Berechtigung, er wird ja auch von den Klerikalen selbst als eine Zukunftshoffnung gehegt. Denn nicht aus purem Gerechtigkeits-sinn treten sie dort für das Frauenwahlrecht ein, wo ihre Herrschaft zu wanken beginnt. Und doch ist es damit nicht so weit her. Die Industriearbeiterinnen sind nicht klerikal, und wo sie es sind, sind sie es sicher nicht aus Überzeugung. Wenn sie klerikalen Vereinigungen angehören, so meist nur deshalb, weil es ihnen vorteilhafter erscheint, und weil sie nicht genug aufgeklärt sind, um einzusehen, dass das, was ihnen die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften für die Zukunft als Errungenschaft des eigenen Kampfes bieten, mehr ist, als die Almosen, die ihnen von den religiösen Vereinigungen geboten werden. Diese Aufklärung zu fördern, zu beschleunigen, liegt aber in der Hand der Partei. Die Frauen sind doch die Gattinnen, die Mütter, die Schwestern, die Töchter der Arbeiter. Nur wenn die aufgeklärten, die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Parteigenossenpflicht den eigenen Familienangehörigen gegenüber nicht erfüllen, wenn es den Parteigenossen gleich ist, in welchen Kreisen ihre Töchter und Frauen ihre freien Stunden verbringen, wenn sie keinen Einfluss auf die Geistesrichtung der weiblichen Familienmitglieder nehmen, können diese eine Beute des Klerikalismus bleiben. Hier ist die Differenz der Meinungen. Wir meinen: Es soll die Eroberung des Geisteslebens der Frauen so intensiv betrieben werden, wie man es bei den Männern macht. Es soll dies nicht allein Aufgabe einiger weiblicher Agitatoren und jener Industriegruppen sein, die ohne die Gewinnung der Arbeiterinnen ihre Organisation nicht entwickeln können. Die Aufklärung der Frauen, ihre Erziehung zu politischem Verständnis soll eine Aufgabe der Partei sein. Wenn den Frauen zum Bewusstsein gebracht wird, dass die Ideale des Mannes auch ihre Erlösung bedeuten, wird der Klerikalismus aus ihren Herzen verschwinden. Ich stimme vollständig mit der Auffassung des Genossen Vandervelde überein, die er in seinem Artikel *Frauenstimmrecht in Belgien?* in dieser Zeitschrift vertreten hat.

Trotz dieser Meinung vertrete ich entschieden die Haltung der österreichischen Genossinnen im letzten Wahlrechtskampf. Ein gerechtes Wahlrecht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Arbeiter, ist für die Entwicklung der Sozialdemokratie so notwendig, dass alle Kräfte auf diesen einen Punkt konzentriert werden mussten. Die organisierten Arbeiterinnen aber sind in erster Linie Parteigenossen. Das für die Partei Notwendige musste auch ihnen heiligste Pflicht sein. Deshalb unterlassen sie es doch keinen Augenblick, für ihre Gleichberechtigung zu kämpfen. Die Herren von den bürgerlichen Parteien aber, die im Lande der Debatte im Parlament wiederholt die Gleichheit des vorgeschlagenen neuen Wahlrechts damit bestritten haben, dass es ja für die Frauen nicht gelte, werden im Ausschuss reichlich Gelegenheit haben, ihre Gleichheitsbestrebungen legislatorisch zum Ausdruck zu bringen. Schade, dass kein Mensch sich entschliesst, sie ernst zu nehmen! Sie würden sonst in den österreichischen Sozialdemokraten zuversichtlich Bundesgenossen haben.

XXXXXXXXXX ~~~~~ XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX